



Newsletter April 2020

Urlaub in den Zeiten von Corona – Perspektive für den Tourismus

Viele Leute fragen sich, was mit Ihrem Sommerurlaub passiert. Balkonien statt Karibik oder doch Urlaub an der Ostsee oder im Schwarzwald? Fernreisen, ja selbst Reisen innerhalb Europas scheinen derzeit mehr als fraglich. Dies auch vor dem Hintergrund, dass dies nicht alleine eine Entscheidung ist, die in Deutschland getroffen wird sondern auch in anderen Ländern. Urlaub in Deutschland scheint zumindest vorstellbar, sofern die Ansteckungsraten – und dies wiederum betrifft uns alle – in einem Rahmen sind, der dies zulässt. Derzeit haben wir es mit einer leicht fallenden Ansteckungsrate zu tun. Das gibt uns Hoffnung. Hier wird der Blick in die nächsten Tage und Wochen spannend, wie sich die Lockerungen der Vergangenheit auswirken. Nichts desto trotz dürfen wir hier etwas hoffnungsvoller in die Zukunft blicken. Dies ist auch wichtig für den Tourismus und die Gastronomie in unserer Region. Die Betriebe, egal ob Gastronomie, Hotellerie oder Inhaber von Ferienwohnungen benötigen eine Perspektive. Klar ist, dass diese Perspektive abhängig von den Ansteckungszahlen sein muss. Klar ist auch, dass wenn diese Lockerungen kommen, und daran arbeiten wir, dies nur unter strengen, hygienischen Bedingungen und unter Einhaltung der Vorgaben des Gesundheitsschutzes wie zum Beispiel des Abstandsgebotes erfolgen kann. Und, dies ist auch eine Wahrheit, uns Bürgern steht natürlich auch der Sinn danach, nach Wochen der Entbehrung wieder einmal Essen zu gehen oder ein Glas Bier oder Wein in einem Gasthaus oder einem Biergarten zu trinken.

Die derzeitige Situation kann für den Tourismus in unserer Region auch eine Chance sein. Wenn Fernreisen oder selbst Reisen ins europäische Ausland nicht oder nur eingeschränkt möglich sind, wird Urlaub in Baden-Württemberg, speziell in unserer Schwarzwaldregion (und hier zähle ich die Sonnenterasse des Schwarzwaldes wie das Markgräflerland und den Kaiserstuhl ausdrücklich dazu) umso attraktiver. Die Entwicklung in Europa - ja weltweit - können wir nur zu einem gewissen Teil beeinflussen. Die Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes gelten jetzt schon bis Mitte Juni und Einreisen sind von den Beschränkungen in anderen Ländern abhängig. Wenn man sich die Situationen in anderen Ländern anschaut wird gerade Urlaub in Deutschland und hier auch in unserer Region zu einer sehr guten Wahl. Dies kann für uns eine Chance sein. An ersten Lockerungen für die Gastronomie und die Beherberger arbeiten wir und hoffen, dass wir dies bis Mitte Mai hinbekommen. Dies wird den Betrieben mit Sicherheit einiges an Aufwand abverlangen. Unsere Gastronomen, die bereits jetzt schon mit findigen Ideen auf ihre derzeitige schwierige Lage reagieren und auch die Inhaber von Ferienwohnungen oder Hotels sind sicherlich in der Lage, Vorkehrungen für den Gesundheitsschutz zu treffen. Und hierzu sei auch gesagt, dass ein Mehr an Aufwand sicherlich die bessere Wahl ist als die Betriebe gar nicht zu öffnen. Hier kommt noch eine andere Komponente ins Spiel, die Eigenverantwortung von uns Bürgerinnen und Bürgern. Wir haben uns großteils sehr rücksichtsvoll verhalten um uns und andere zu schützen und wie die Ansteckungszahlen zeigen, mit Erfolg. Es wäre grob fahrlässig wenn wir diese Erfolge in Bezug auf die Ansteckungsraten durch zu leichtfertiges, individuelles Verhalten wieder aufs Spiel setzen.

Warum eine Mehrwertsteuerabsenkung in der Gastronomie sinnvoll ist

Derzeit wird, teilweise heftig, darüber diskutiert und auch kommentiert, ob eine Mehrwertsteuerabsenkung auf Speisen in der Gastronomie von 19% auf 7% richtig oder nicht ein Nachgeben auf eine lange Forderung der Gastronomen ist. Hierzu sei gesagt, dass die Absenkung, wie sie nun vorgenommen wurde, eine Gültigkeit von einem Jahr hat – also zeitlich begrenzt ist und als Konjunkturprogramm zu verstehen ist. Im Vergleich zu Industrien oder anderen Bereichen der Wirtschaft bestehen im Bereich der Gastronomie keine Möglichkeiten, Unternehmen mit staatlichen Aufträgen zu stützen. Dies kann bei Forschungseinrichtungen geschehen oder bei der Bauwirtschaft, im Bereich der Automobilwirtschaft hatten wir während der Finanzkrise die Abwrackprämie. Nur um einige Beispiele zu nennen.

(weiter auf Seite 2)

Sage mol.....

Diskussionen über Regelungen und Maßnahmen

Im Zuge der Corona-Pandemie wurden viele Regelungen und Verordnungen erlassen. Maßnahmen, die teilweise massiv in Persönlichkeitsrechte und Freiheitsrechte der Bürger eingegriffen haben und immer noch eingreifen. Klar ist, dass dies kein Dauerzustand sein kann und darf, dass ein Staat, vor allen Dingen, wenn er so demokratisch aufgebaut ist wie der unsrige, seinen Bürgern diese Rechte schnellstmöglich wieder ermöglicht. Deshalb ist es angemessen und es entspricht unserem Demokratieverständnis, wenn über die Vorgehensweise im Bund und in den einzelnen Bundesländern diskutiert wird. Zur Rechtfertigung der verschiedenen Maßnahmen sei gesagt, dass niemand für eine solche Situation eine Blaupause in der Schublade liegen hatte und hat. Aber, und das sei an dieser Stelle angemerkt, unser Gesundheitssystem hat dieser Pandemie bisher Stand gehalten und verglichen mit anderen Staaten dürfen wir sicherlich feststellen, dass wir vergleichsweise gut dastehen. Nun muss es darum gehen, einen Weg zurück zur Normalität zu finden. Auch wenn dieser Weg länger andauern wird als wir uns das alle wünschen. Erste Lockerungen wurden durchgeführt. Die Einzelhandelsgeschäfte haben wieder geöffnet, die Friseure können ab Anfang Mai wieder öffnen und die ersten Schüler gehen auch ab Anfang Mai wieder zur Schule. Natürlich kann man nun – und dies auch berechtigt – die Frage stellen, warum können Friseure öffnen und Nagelstudios nicht? Warum nur die Abschlussklassen und die jüngeren nicht? Warum sind Kitas immer noch geschlossen? Jede dieser Fragen ist berechtigt und hängt natürlich auch immer von unserer persönlichen Befindlichkeit, Wahrnehmung und Lebenswirklichkeit ab. Manche Maßnahme – nehmen wir das Beispiel Nagelstudio oder die Fußpflege, ist auch für mich nicht ganz nachvollziehbar.

Auch ich hielt eine starre Quadratmeterregelung auf 800qm für die Öffnung von Einzelhandelsgeschäften wie sie der Ministerpräsident massiv gefordert hat für gelinde gesagt unglücklich. Zum einen ist es nicht erklärbar, warum ein Geschäft mit 799 qm öffnen darf, ein anderes mit 801qm nicht. Zum anderen wäre es sinnhafter gewesen, hier eine maximale Besucherzahl pro Quadratmeter festzulegen, aber dies war beim Ministerpräsidenten nicht durchsetzbar.

Weiter auf Seite 2



Newsletter April 2020

weiter von Seite 1

Dies ist im gesamten Tourismusbereich nicht realisierbar. Das bedeutet, dass im Blick auf Konjunkturprogramme die Möglichkeiten sehr beschränkt sind. Die Steuerpolitik ist eine der sehr wenigen Möglichkeiten, um hier Unterstützungsleistung zu bieten. Es ist für uns als politisch Verantwortliche entscheidend – und nicht nur hier – so viele Betriebe wie nur irgend möglich heil durch die Krise zu bekommen und dadurch Arbeitsplätze zu erhalten.

Auch wenn wir für die Gastronomie Lockerungen erreichen wird klar sein, dass ihre Umsätze zumindest in der ersten Zeit nicht das Niveau erreichen werden, was wir vor der Corona-Krise hatten. Der abgesenkte Mehrwertsteuersatz soll die Betriebe in die Lage versetzen, für diese Zeitspanne die Liquidität zu sichern, die sie benötigen. Liquidität zum einen, um den Betrieb aufrecht und am Laufen zu halten. Zum anderen aber auch, um zukünftig in ihre Betriebe zu investieren und zu modernisieren.

Diese Steuersenkung hat aber auch eine weitere Ebene. Haben Sie sich einmal die Frage gestellt, warum „Essen-To-Go“ mit 7% Mehrwertsteuer veranschlagt wird, das Essen in der Speisegastronomie mit 19%? Dies ist in etwa so, als ob Sie für die Zeitung am Kiosk einen reduzierten Mehrwertsteuerbetrag zahlen würden und für die Zeitung im Briefkasten einen höheren. Auch diese Tatsache ist nicht zu erklären. Selbst einen ökologischen Ansatz können Sie dieser Maßnahme abgewinnen. Während Sie in der Speisegastronomie von Mehrweggeschirr essen kommt bei der „To-Go“-Variante in aller Regel Einwegverpackungen zum Einsatz. Aus konjunkturpolitischer Sicht ist diese Maßnahme eindeutig zu begrüßen. In der derzeitigen Situation macht es durchaus Sinn, diese Maßnahme unter den verschiedensten Aspekten zu erproben und in einem Jahr neu zu bewerten. Klar ist aber auch, dass diese Senkung der Mehrwertsteuer nur dann wirken kann, wenn die Gastronomie Ihre Tore wieder öffnen darf und die Betriebe wieder Umsätze generieren. Und hieran arbeiten wir.

Dürre in Verbindung mit den Folgen der Corona-Pandemie macht unseren Wäldern zu schaffen



Die Dürreperiode im vergangenen Jahr und der damit einhergehende Borkenkäferbefall haben Fällungen in größerem Ausmaß erforderlich gemacht. Das milde Frühjahr und die ausbleibenden Regenfälle führen dazu, dass sich die Lage in den Wäldern erneut dramatisch verschlechtert. Hinzu kommen die derzeitigen Personalausfälle

aufgrund der Corona-Pandemie, die zu einer Verzögerung beim Transport und der Weiterverarbeitung des Schadholzes führen sowie der europaweit schwache Holzabsatz. Um einen erneuten massiven Borkenkäferbefall zu vermeiden und die stockende Holzabfuhr aus den Wäldern zu kompensieren, ist die schnelle und pragmatische Einrichtung von Nasslagern unverzichtbar. Dies wird jedoch aktuell durch das Vorgehen der Umweltbehörden, vor allem durch die teils sehr enge Auslegung der rechtlichen Vorgaben verhindert. Ich erwarte daher vom zuständigen Minister Untersteller, dass er hier tätig wird und landesweit eine zügige Genehmigung von Nasslagern durch entsprechende Vorgaben ermöglicht. Wir können uns in der jetzigen Zeit keinen unnötigen Bürokratieaufwand leisten.

Sag e mol....

Fortsetzung von Seite 1

Dass an dieser Stelle unser funktionierender Justizapparat diese Regelung gekippt hat zeigt, dass wir uns auf unseren Rechtsstaat auch in dieser Ausnahmesituation voll verlassen können. Diese juristische Episode hätte man sich sparen können. Nehmen wir als weiteres Beispiel die Schulen. Hier gilt es, Hygienemaßnahmen zu installieren um zum einen die Schüler aber auch die Lehrer zu schützen. Und auch das benötigt Zeit. Zudem sind älteren Schülern Hygienemaßnahmen und die Sinnhaftigkeit von Solchen leichter zu vermitteln als jüngeren. Hier spreche ich aus Erfahrung als Papa. Und – last but not least – wir müssen den Abschlussklassen auch eine faire Chance geben, ihre Abschlüsse vernünftig zu absolvieren. Das ist das erklärte Ziel unserer Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann und hierbei kann ich sie nur unterstützen.

Nichts desto trotz verlangen die Bürger nach einer Rückkehr zur Normalität. Und ich spüre hier eine gewisse Ungeduld, was ich nur zu gut nachvollziehen kann. Auch aus wirtschaftlicher Sicht brauchen wir dringend eine gewisse Normalisierung, selbst wenn sich diese nur Schrittweise bewerkstelligen lässt. Klar ist in diesem Zusammenhang, dass Soforthilfen und andere Hilfsprogramme endliche Maßnahmen sind. Endlich für die Unternehmen, die nicht auf Dauer von diesen Maßnahmen leben können und endlich für den Bund und die Länder – da auch hier die finanziellen Ressourcen nicht unerschöpflich sind. Gerade hier gilt es nun klug und besonnen zu agieren und nicht in Symbolpolitik zu verfallen. Konjunkturprogramme werden nötig sein und diese sollten auch mit einer vernünftigen Klimapolitik einhergehen. Wir brauchen hier allerdings Programme, die wirken und nicht nur einen symbolischen Akt zur Beruhigung der eigenen Klientel. Klug und besonnen sollten auch wir Bürgerinnen und Bürger sein. Die Einschränkung unserer Grundrechte und Bürgerrechte darf nicht länger andauern als irgend nötig. Gehen wir als Einzelner und als Gesellschaft verantwortungsvoll mit diesen Rechten um, dann schützen wir trotz Lockerungen uns und unsere Mitmenschen.

Ihr
Dr. Patrick Rapp

Dr. Patrick Rapp MdL
www.patrick-rapp.eu
Verantwortlich: Thomas Wiestler 29.04.2020